

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

- | | |
|---|---|
| 43. Entschließung des Tiroler Landtages zur Einhaltung der Wohnungsvergabe-Richtlinie | 46. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Oktober 2023 |
| 44. Mindestgebühren Wasser und Kanal 2024 | 47. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Oktober 2023 |
| 45. Richtlinien für den Voranschlag 2024 der Gemeinden und Gemeindeverbände | <i>Verbraucherpreisindex für August 2023 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

43.

Entschließung des Tiroler Landtages zur Einhaltung der Wohnungsvergabe-Richtlinie

Mit Entschließung vom 11. Mai 2023, GZ 248/23 fordert der Tiroler Landtag im Wege der Landesregierung alle Gemeinden Tirols auf, sich bei der Wohnungsvergabe an die Wohnungsvergabe-Richtlinie des Landes Tirol zu halten und diese in Anwendung zu bringen. Die Wohnungsvergabe-Richtlinie des Landes Tirol wurde in Umsetzung des Regierungsprogrammes für Tirol 2018 - 2023 in Zusammenarbeit mit dem Wohnbauförderungsbeirat überarbeitet und mit Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 19.12.2019 zum 01.01.2020 in Kraft gesetzt. Durch die Richtlinie soll sichergestellt werden, dass wohnbaugeforderte Wohnungen nach objektiven, sozialen und nachvollziehbaren Kriterien vergeben werden.

Zur Einhaltung der Wohnungsvergabe-Richtlinie des Landes sind seitens der Gemeinden im Wesentlichen folgende Punkte umzusetzen:

Beschluss und ortsübliche Kundmachung objektiver Vergabekriterien mit Punktesystem durch den Gemeinderat:

Dabei sollen insbesondere die Kriterien **Wohnbedarf** (Bewertung der Dringlichkeit in Zusammenhang mit der aktuellen Lebens-/Wohnsituation), **Einkommen** und die **Haushaltsgröße** berücksichtigt werden. Einem Wohnungswerber mit Hauptwohnsitz sind Personen gleichzustellen, die ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde haben bzw. die aus sonstigen familiären Gründen (z.B. Pflege naher Angehöriger ab der Pflegestufe 2) in einer Gemeinde wohnhaft werden wollen.

Bei geförderten Mietwohnungen stellt die Staatsbürgerschaft kein Kriterium dar, es können jedoch sonstige wichtige Gründe (zB. soziale, gesundheitliche) berücksichtigt und bepunktet werden. Eine Vergabe an Drittstaatsangehörige ist daher bei Mietwohnungen möglich, wobei generell auf eine soziale Durchmischung zu achten ist.

Bei Vorhandensein eines Wohnhauses oder einer Eigentumswohnung ist ein Wohnbedarf für eine geförderte Wohnung jedenfalls nur dann gegeben, wenn der Wohnungswerber das (alte) Objekt an eine begünstigte Person mit Wohnbedarf veräußert.

Vergabe durch den Gemeinderat:

Die Vergabe hat durch den Gemeinderat zu erfolgen. Für die Vorbegutachtung kann ein Wohnungsvergabeausschuss vorgesehen werden. Dieser hat aus mindestens drei Personen (nach Möglichkeit aus unterschiedlichen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen) zu bestehen. Die Zusammensetzung eines solchen Wohnungsvergabeausschusses hat im Sinne des § 83 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, LGBl. Nr. 88, zu erfolgen. Der Wohnungsvergabeausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss ist die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Wohnungsvergabeausschusses erforderlich. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung. Auf Wunsch der im Wohnungsausschuss nicht vertretenen Fraktionen sind diese vom Ausschuss als Mitglieder zu kooptieren.

Dokumentation der Vergabe:

Zur Nachvollziehbarkeit der Einhaltung der Wohnungsvergabe-Richtlinie ist die Dringlichkeitsreihung anhand des festgelegten Kriterienkataloges zu dokumentieren und über Aufforderung des Landes Tirol vorzulegen.

Die vollständige Wohnungsvergabe-Richtlinie ist auf der Internetseite des Landes abrufbar (<https://www.tirol.gv.at/bauen-wohnen/wohnbaufoerderung/service/>). Für Rückfragen steht die Abteilung Wohnbauförderung im Amt der Tiroler Landesregierung gerne zur Verfügung (Tel.-Nr. 0512/508-2732; wohnbaufoerderung@tirol.gv.at).

*Mag. Markus Neururer
Abteilung Wohnbauförderung*

44.

Mindestgebühren Wasser und Kanal 2024 für Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds und Landesförderung Siedlungswasserwirtschaft Tirol

Seitens der Abteilung Gemeinden dürfen gemeinsam mit der Abt. Wasserwirtschaft die im Jahr 2024 anzuwendenden Mindestgebühren bekannt gegeben werden. Die Mindestgebühren unterliegen einer jährlichen Indexanpassung nach dem VPI 2020, Basis ist jeweils der **endgültige Juli-Indexwert des Vorjahres** (bisher August-Indexwert VPI 2015, vgl. die im Folgenden zitierten Richtlinien). Siehe dazu auch https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods.

Die für das Jahr 2023 ausgesetzte Erhöhung wird nicht nachgeholt. Dies ergibt eine Steigerung um 7,0 %.

Bei den angegebenen Gebührensätzen handelt sich um **Bruttobeträge** inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer.

1. Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds (WLF):

Die Mindestgebühren nach § 4 der von der Tiroler Landesregierung am 17.10.2023 beschlossenen Richtlinien

über die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds werden für das Jahr 2024 wie folgt bekannt gegeben:

Mindest-Abwassergebühr:

pro m³ Wasserverbrauch 2,53 €/m³ inkl. USt.
(2023: 2,36 €/m³)

Mindest-Wassergebühr:

pro m³ Wasserverbrauch 0,50 €/m³ inkl. USt.
(2023: 0,47 €/m³)

Bei Unterschreiten obiger Mindestgebühren ist eine Darlehensgewährung aus dem Wasserleitungsfonds nicht möglich.

Bei **Gemeindeverbänden** (Abwasser- oder Wasserversorgungsverbände) muss jede einzelne Verbandsgemeinde die vorgegebene Mindestgebühr erfüllen, ansonsten ist eine Gewährung eines WLF-Darlehens ebenfalls nicht möglich.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass das **Bundesministerium** für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus in den Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft 2016 im do. § 7 Abs. 1 Z. 13 (siehe auch https://info.bmlrt.gv.at/themen/wasser/foerderungen/trinkwasser_abwasser/foerderung-kommunale-siedlungswasserwirtschaft.html)

sowie die **Abt. Wasserwirtschaft** des Landes Tirol in der Förderungsrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft Tirol 2018 (siehe nachfolgenden Pkt. 2) zusätzliche, teilweise auch höhere Mindestgebührensätze vorsehen.

2. Landesförderung Siedlungswasserwirtschaft Tirol (FRL SWW T 2018):

Gemäß Pkt. 5.4 der Förderungsrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft Tirol 2018 (FRL SWW T 2018) gelten für im Jahr 2024 eingereichte Ansuchen um Landesförderung Siedlungswasserwirtschaft folgende Mindestgebühren, jeweils zum Zeitpunkt des Ansuchens:

Abwasserentsorgung:

Mindest-Anschlussgebühr:

pro m³ umbautem Raum (alternativ: pro m² Geschoßfläche - sh. unten): 6,35 €/m³

pro m² Geschoßfläche (alternativ: pro m³ umbautem Raum - sh. oben): 19,04 €/m²

Mindest-Abwassergebühr pro m³ Wasserverbrauch: (wie für WLF-Darlehen) 2,53 €/m³

Wasserversorgung:

Mindest-Wassergebühr pro m³ Wasserverbrauch: 1,13 €/m³

Sämtliche Mindestgebühren werden mit 1. Jänner eines jeden Jahres angepasst, ab dem Jahr 2024 nach dem Verbraucherpreisindex 2020 (VPI 2020), wobei der Anpassung der jeweilige Juli-Indexwert des Vorjahres zugrunde gelegt wird (bis 2023 nach Verbraucherpreisindex 2015 (VPI 2015), August-Indexwert).

Weitere Informationen zu den Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft finden Sie unter <http://www.tirol.gv.at/wasserinfo> bzw. unter <https://www.tirol.gv.at/umwelt/wasserwirtschaft/foerderungen> .

45.

Richtlinien für den Voranschlag 2024 der Gemeinden und Gemeindeverbände

I. 1. Rückblick 2023

Die Einzahlungen aus den Gemeinde-Ertragsanteile haben sich im Jahr 2023 schlechter entwickelt als ursprünglich prognostiziert. Im Laufe des Jahres hat sich die Konjunktur deutlich eingetrübt und die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sind von Quartal zu Quartal gesunken. Trotz einer Steigerung des Aufkommens bei der Umsatzsteuer von fast 10 % kann das vorhergesagte gleichbleibende Aufkommen der Ertragsanteile nicht erreicht werden. Voraussichtlich werden die Einzahlungen der Tiroler Gemeinden aus den Gemeinde-Ertragsanteile gegenüber dem Jahr 2022 um fast 5 % geringer ausfallen. Wesentlich dazu beigetragen hat der Einbruch bei der Grunderwerbsteuer (bis November -43,9 Mio. Euro), die Abschaffung der „kalten Progression“ bei der Lohn- und Einkommensteuer, der Rückgang bei der Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge und der Energieabgabe.

Abgabenertragsanteile 2022/2023

	Vorschüsse	Vorschüsse	Differenz	
	2022	2023	absolut	%
Jänner	118.381.514	123.790.744	5.490.230	4,75%
Februar	93.113.081	93.940.318	827.237	0,89%
März	78.209.869	76.877.822	-1.332.047	-1,70%
April	115.694.853	112.302.755	-3.392.098	-2,93%
Mai	72.317.049	65.115.208	-7.201.841	-9,96%
Juni	74.559.520	70.140.754	-4.418.766	-5,93%
Juli	117.354.488	123.280.653	5.926.165	5,05%
August	86.536.323	76.396.323	-10.140.000	-11,72%
September	84.618.306	80.647.309	-3.970.997	-4,96%
Oktober	112.834.944	112.429.501	-405.443	-0,36%
November	92.400.124	88.129.820	-4.270.304	-4,62%
Dezember *)	93.127.400	95.000.000	1.872.600	2,01%
EST-VZ	12.390.129	12.400.000	9.871	0,08%
	1.151.537.600	1.130.451.207	-21.086.393	-1,83%
Zwischenabrechnung	29.486.125	-4.592.364	-34.078.489	-115,57%
	1.181.023.725	1.125.858.843	-55.164.882	-4,67%

I. 2. Vorschau 2024

Die Vorhersagen für 2024 gestalten sich angesichts der geopolitischen und volkswirtschaftlichen Risiken (Ukrainekrieg, Konflikt im Nahen Osten) äußerst schwierig. Hinzu kommen noch die nicht endgültig abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden zum Finanzausgleich ab dem Jahr 2024. Geeignet hat man sich, dass die bisher gültigen Regeln für die Verteilung der Gemeinde-Ertragsanteile wie abgestufter Bevölkerungsschlüssel, Vorausanteil gemäß § 12 Abs. 6 FAG 2017 für Gemeinden über 10.000 Einwohner und Anteil je Nächtigung für kleinere Gemeinden (§ 12 Abs. 8 FAG 2017) beibehalten werden. Einigung wurde auch über zusätzliche Mittel für Länder und Gemeinden in Höhe von 2,4 Mrd. Euro erzielt. Davon fließen 1,1 Mrd. Euro in einen Zukunftsfonds für die Bereiche Kinderbetreuung, Wohnen und Klima/Umwelt. Nähere Details zur Verteilung dieser Mittel sind aktuell noch in Verhandlung. Zusätzlich werden die Strukturfondsmittel des Bundes um 60,0 Mio. auf 120,0 Mio. Euro aufgestockt.

Das Bundesministerium für Finanzen geht in der Prognose Oktober 2023 von einem Plus von 4,7 % gegenüber dem tatsächlichen Aufkommen 2023 aus. Darin enthalten ist ein bereits paktierter österreichweiter Sonder-Vorschuss von 300,0 Mio. Euro auf die Gemeinde-Ertragsanteile. Dieser Vorschuss wird in den Jahren 2025 bis 2027 in Raten zu je 100,0 Mio. Euro wieder rückverrechnet. Die Abteilung Gemeinden geht aufgrund der Erfahrungen im laufenden Jahr 2023 in ihrer Empfehlung vorsichtiger vor und legt den Berechnungen eine Steigerung der kassenmäßigen Gemeinde-Ertragsanteile von 3 % zugrunde.

II. Gesamtbemessungsgrundlagen

1.	Volkszähl Tirol (§ 10 Abs. 7 FAG 2017) zum 31.10.2022		770.321
2.	Abgestufte Bevölkerungszahl (§ 10 Abs. 8 FAG 2017)		1.349.058,221
3.	Finanzkraft I - 2024 (§ 2 Gesetz über die Einhebung der Landesumlage)	EUR	184.309.966
4.	Finanzkraft II - 2024 (§ 21 Abs. 5 TMSG)	EUR	1.179.090.552
5.	Finanzkraft gemäß § 25 Abs. 2 FAG 2017	EUR	405.878.778
6.	geschätzte Ertragsanteile 2024 - brutto (inkl. ZWA 2023 -5,05 Mio.)	EUR	1.168.500.000
	Bedarfszuweisungen 12,80 % (FAG 2017)	EUR	- 149.570.000
	Vorausanteile § 12 Abs. 6 FAG 2017 - Gemeinden über 10.000 EW	EUR	- 49.748.000
	Nächtigungen § 12 Abs. 8 FAG 2017	EUR	- 37.618.000
	Minstdynamikregelung § 12 Abs. 9 FAG 2017 - Aufkommensneutral	EUR	0
	Vorwegabzug für Eisenbahnkreuzungen (§ 27 Abs. 3 FAG 2017)	EUR	- 351.100
	Rest EA	EUR	931.212.900
	je Einheit des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (aBS) - Basis 2022	EUR	690,270
	7,46 % Landesumlage	EUR	88.250.000

Vorausanteile gemäß § 12 Abs. 6 FAG 2017: Gemeinden erhalten je Einwohner folgende Beträge (Schätzung für 2024)*:

bis 10.000 Einwohner	EUR	0,00
10.001 bis 20.000 Einwohner	EUR	175,63
20.001 bis 50.000 Einwohner	EUR	175,63
über 50.000 Einwohner	EUR	231,60

* Die endgültigen Werte werden im Jänner 2024 durch das BMF festgelegt.

Gemeinden bis 10.000 Einwohner erhalten gemäß § 12 Abs. 8 FAG 2017 EUR 0,90 je Nächtigung gemäß Nächtigungsstatistik 2022. Für die ersten 1.000 Nchtigungen steht kein Anteil zu. Die Nchtigungen haben sich im Jahr 2022 wieder deutlich erholt. Sie erhöhten sich von 23,6 Mio. auf 44,5 Mio. Nchtigungen im Jahr 2022. Der Vorausanteil gemäß § 12 Abs. 6 FAG 2017 beträgt im Jahr 2024 dementsprechend 37,6 Mio. Euro (+ 91 %).

Für die mittelfristige Finanzplanung 2025 bis 2028 wird empfohlen folgende jährlichen Steigerungsraten zu veranschlagen:

- 2025 + 4,1 %
- 2026 + 2,0 %
- 2027 + 5,0 %
- 2028 + 2,0 %

Finanzzuweisungen:

BMF - Strukturfonds gemäß § 24 Z 1 FAG 2017		nicht bekannt	9410+8600
	es wird empfohlen den Überweisungsbetrag 2023 zu veranschlagen		
BMF - Finanzzuweisung gemäß § 24 Z 2 FAG 2017	EUR	4.361.000	9410+8600
Land - Finanzzuweisung gemäß Tiroler Finanzzuweisungsgesetz	EUR	24.500.000	9460+8610

Bedarfszuweisungen: Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Unterstützung strukturschwacher Gemeinden (Punkt III)	EUR	8.250.000	9400+8611
Landesinterner Finanzkraftausgleich (Punkt V)	EUR	16.500.000	9400+8612

Die vorläufigen gemeindeweisen Beträge werden in der Gemeindeanwendung bekanntgegeben.

III. Berechnungsgrundlagen je Gemeinde**1. Ertragsanteile - 2024**

- Restertragsanteile - Ansatz 9250+8591:
690,270 x abgestufter Bevölkerungsschlüssel (aBS)
- Anteil Nüchtigungen (§ 12 Abs. 8 FAG 2017) - 9250+8592
EUR 0,90 je Nüchtigung 2022
- Vorausanteil § 12 Abs. 6 FAG 2017 - Ansatz 9250+8593
Betrag laut Tabelle x Einwohner
- Mindestdynamikregelung - Ansatz 9250+8597
Bei der sogenannten „Dynamik-Garantie“ handelt es sich um eine Ausgleichsregelung, um größere Ausfälle, welche durch Änderungen im FAG 2017 entstanden sind, abzufedern.

Vorläufige Werte werden in der Gemeindeanwendung bekanntgegeben.

2. Landesumlage - 2024

47,89 % der Finanzkraft I

3. Personalaufwand (Mittelverwendung)

Die erste Verhandlungsrunde über eine allgemeine Bezugserhöhung für den öffentlichen Dienst fand am 20. Oktober statt. Außer der Berücksichtigung allfälliger Zu- und Abgänge, Beförderungen und Überstellungen wird empfohlen, die Mitteilungen über die Bezugserhöhungen in den Medien zu beachten. Der Fortgang der Gehaltsverhandlungen kann auf der Internetseite der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (<https://www.goed.at/>) verfolgt werden. In Erinnerung wird gebracht, dass Beförderungen von Beamten nur zum 1. Jänner oder 1. Juli vorgenommen werden können. Im Zuge der Erstellung des Voranschlags 2024 ist zu prüfen, welche Beamte im Jahr 2024 nach den Beförderungsrichtlinien für eine Beförderung anstehen. Für die Beförderung ist der Dienstposten im Dienstpostenplan mit Gemeinderatsbeschluss entsprechend abzuändern (Kundmachung, Mitteilung an die Landesregierung). Es ist darauf zu achten, dass in den Dienstposten- bzw. Stellenplan zum Voranschlag die richtigen Dienstposten (Beamte) und Planstellen (Vertragsbedienstete und sonstige Bedienstete) aufgenommen werden.

4. Gemeindeverband für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister - Ansatz 0000-7521

EUR 7,90 je Einwohner auf Basis des endgültigen Ergebnisses der Registerzählung (Volkszählung) zum 31.10.2021.

5. Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten - Ansatz 0100-7520

Aufwand 2022 laut Schreiben vom 21.03.2022, Zahl KUF-789/2022, zuzüglich 4,00 %

6. Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten - Ansatz 0800-7520

Akontozahlung 2023 zuzüglich 8,00 %

Das entspricht gegenüber der endgültigen Ausfallsleistung 2022 einer Erhöhung um 14,37 % (laut Schreiben vom 10.05.2023, Zahl PF-1/1466/2023)

7. Pensionsfonds für Sprengelärzte - Ansatz 0800-7510

EUR 4,00 je Einwohner zum 31.10.2022

8. Investitionsbeitrag für kaufmännische und gewerbliche Landesberufsschulen - Ansatz 2200-7710

Die Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen und Landwirtschaftsrecht hat für das Jahr 2024 für den Beitrag für Investitionen folgende Zahlen bekanntgegeben:

Schulsprengel Ganz Tirol (alle Gemeinden)

0,31296 % der Kommunalsteuer 2022 zuzüglich EUR 1,0831 je Einwohner zum 31.10.2022

9. Sportförderungsfonds - Ansatz 2690-7510

EUR 3.773.090; VA-Betrag 2024: 0,32 % der Finanzkraft II

10. Landesgedächtnisstiftung - Ansatz 3810-7510

EUR 3.537.272; VA-Betrag 2024: 0,30 % der Finanzkraft II

11. Soziales und Pflege

a) Hoheitlicher Beitrag nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz - Ansatz 4110-7511

b) Beitrag nach dem Tiroler Heim- und Pflegeleistungsgesetz (THPG) - Ansatz 4110-7513

c) Beitrag nach dem THPG - Mobile Dienste - Ansatz 4110-7513

d) Beitrag nach dem Tiroler Teilhabegesetz (TTHG)/Behindertenhilfe - Ansatz 4130-7510

e) Beitrag Tiroler Grundversorgungsgesetz (Flüchtlingshilfe) - Ansatz 4260-7510

f) Zweckzuschuss laut Pflegefondsgesetz - Ansatz 9450+8610

g) Zweckzuschuss Abschaffung Pflegeregress - Ansatz 9450+8610

h) Zuwendung des Landes für Grundsicherung (Einzahlungen aus Strafgeldern) - Ansatz 4110+8611

2024	Finanzkraft II	Tiroler Mindestsicherungsgesetz		Tiroler Heim- und Pflegeleistungsgesetz				Tiroler	
		Hoheitlich		Pflegeleistung		Mobile Dienste		Teilhabegesetz	
		EUR	% der FK II	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II
Innsbruck Stadt	267.682.361	11.236.038	4,20%	16.549.679	6,18%	2.023.745	1,13%	19.671.996	7,35%
Imst	88.219.784	873.448	0,99%	6.402.192	7,26%	1.715.979	1,95%	5.933.042	6,73%
Innsbruck Land	251.283.545	5.519.883	2,20%	16.703.002	6,65%	3.829.962	1,52%	18.424.095	7,33%
Kitzbühel	95.236.260	358.203	0,38%	7.966.586	8,37%	1.964.323	2,06%	5.761.393	6,05%
Kufstein	167.840.459	2.926.795	1,74%	10.345.411	6,16%	2.747.223	1,64%	10.454.564	6,23%
Landeck	67.425.212	268.681	0,40%	4.261.828	6,32%	1.546.381	2,29%	4.299.689	6,38%
Lienz	67.746.369	566.289	0,84%	6.176.574	9,12%	2.865.178	4,23%	7.304.220	10,78%
Reutte	48.800.165	301.817	0,62%	2.236.417	4,58%	333.109	0,68%	3.520.596	7,21%
Schwaz	124.856.397	1.195.645	0,96%	8.326.311	6,67%	2.040.099	1,63%	8.791.405	7,04%
Summe	1.179.090.552	23.246.800		78.968.000		20.066.000		78.193.900	
MFP jährliche Steigerung		4,00%		4,50%		4,50%		6,00%	

2024	Finanzkraft II	Zweckzuschuss		Zweckzuschuss		Strafgelder	
		Pflegefondsgesetz		Pflegeress			
		EUR	% der FK II	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II
Innsbruck Stadt	267.682.361	2.840.594	1,06%	3.014.855	1,13%	211.357	0,08%
Imst	88.219.784	1.098.875	1,25%	1.166.287	1,32%	581.408	0,66%
Innsbruck Land	251.283.545	2.866.910	1,14%	3.042.786	1,21%	1.793.376	0,71%
Kitzbühel	95.236.260	1.367.388	1,44%	1.451.273	1,52%	409.373	0,43%
Kufstein	167.840.459	1.775.691	1,06%	1.884.624	1,12%	1.912.747	1,14%
Landeck	67.425.212	731.502	1,08%	776.377	1,15%	696.566	1,03%
Lienz	67.746.369	1.060.150	1,56%	1.125.186	1,66%	399.542	0,59%
Reutte	48.800.165	383.860	0,79%	407.408	0,83%	342.665	0,70%
Schwaz	124.856.397	1.429.131	1,14%	1.516.804	1,21%	674.798	0,54%
Summe	1.179.090.552	13.554.100		14.385.600		7.021.833	

Die angeführten Beträge wurden von den Abteilungen Soziales, Pflege und Inklusion und Kinder- und Jugendhilfe bekanntgegeben.

Die Beiträge nach dem Tiroler Grundversorgungsgesetz (4260-7510) sind aufgrund der verzögerten Abrechnungen mit dem Bund nur schwer einschätzbar. Es wird empfohlen einen Betrag in Höhe von 0,85 % der Finanzkraft II zu veranschlagen.

12. Beitrag nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz - Ansatz 4390-7510

Von der Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugendhilfe wurden folgende Beträge bekanntgegeben:

2024	Finanzkraft II	Kinder- und Jugendhilfegesetz	
		EUR	% der FK II
Innsbruck Stadt	267.682.361	8.698.724	3,25%
Imst	88.219.784	1.895.263	2,15%
Innsbruck Land	251.283.545	5.389.012	2,14%
Kitzbühel	95.236.260	1.503.168	1,58%
Kufstein	167.840.459	3.596.267	2,14%
Landeck	67.425.212	772.030	1,15%
Lienz	67.746.369	625.623	0,92%
Reutte	48.800.165	633.112	1,30%
Schwaz	124.856.397	2.359.101	1,89%
Summe	1.179.090.552	25.472.300	

Für die mittelfristige Finanzplanung wird empfohlen eine jährliche Steigerung von 6 % zu veranschlagen.

13. Tiroler Gesundheitsfonds - Ansatz 5900-7510

VA-Betrag 2024 EUR 189.852.000; 16,102 % der Finanzkraft II. Jährliche Steigerung für den MFP + 5,00 %

14. Bezirkskrankenhäuser - Krankenhausumlage - Ansatz 5600-7520

Bezirk	Finanzkraft II	Krankenhausumlage	in % der FK II
Kitzbühel	95.236.260	wird vom GV BKH bekanntgegeben	
Kufstein	167.840.459	wird vom GV BKH bekanntgegeben	
Lienz	67.746.369	wird vom GV BKH bekanntgegeben	
Reutte	48.800.165	wird vom GV BKH bekanntgegeben	
Schwaz	124.856.397	wird vom GV BKH bekanntgegeben	

15. Landeskrankenhaus Hall in Tirol - Ansatz 5600-7510

Innsbruck Land	251.283.545	5.649.497	2,248 %
----------------	-------------	-----------	---------

Jährliche Steigerung + 5 %.

16. Krankenhaus Zams

Betriebsabgang - Ansatz 5600-7570

Imst	88.219.784	226.721	0,257 %
Landeck	67.425.212	173.279	0,257 %

17. Tiroler Rettungsdienst - Ansatz 5300-7510

Der Beitrag gemäß § 11 Tiroler Rettungsdienstgesetz beträgt voraussichtlich EUR 10.512.000. Die von der Abteilung Einsatzorganisationen bekanntgegebenen Beträge werden in der Gemeindeanwendung bekanntgegeben.

18. Mitgliedsbeitrag Tiroler Gemeindeverband - Ansatz 0600-7260

Der Mitgliedsbeitrag 2024 beträgt EUR 3,35 je Einwohner zum 31.10.2022 bei einem Einwohnerlimit von 10.000 Einwohnern.

19. Beitrag Tierschutzverein für Tirol - Ansatz 5810-7570

Die Vereinbarung sieht einen Mitgliedsbeitrag von EUR 0,20 je Einwohner zum 31.10.2022 vor. Die Fördervereinbarung wurde bis zum Jahr 2024 verlängert.

20. Beitrag zum Personalaufwand für die Gemeindewaldaufseher

Die Förderung für den Personalaufwand der Gemeindewaldaufseher beträgt höchstens 50 % des Ausgangsbetrages gemäß § 63a Abs. 1 Tiroler Waldordnung abzüglich des Ertrages aus der Umlage, wie sie von der Gemeinde im höchstzulässigen Ausmaß erhoben werden kann.

Allgemeine Hinweise zu Voranschlag und Rechnungsabschluss

Die hier dargestellten Werte basieren auf den aktuell gültigen gesetzlichen Regelungen.

In der Gemeindeanwendung werden unter Transfer - Buchungen - Voranschlagsrichtlinien 2024 die detaillierten Beträge je Gemeinde veröffentlicht.

Kontierungsvorgaben aufgrund der 2. Novelle der VRV 2015 für den Voranschlag 2024**Neues Konto für Kautionen aus Leasing:**

Für Leasingkautionen sind ab dem Finanzjahr 2024 sowohl beim Operativen Leasing als auch beim Finanzierungsleasing neue Konten zu verwenden.

2740 - Kautionen aus Leasing (voranschlagswirksam) - Operatives Leasing

2741 - Kautionen aus Leasing (voranschlagswirksam) - Finanzierungsleasing

Kofinanzierte Schutzbauten:

Für kofinanzierte Schutzbauten sind ab dem Finanzjahr 2024 die Konten 051 - Kofinanzierte Schutzbauten und 069 - Im Bau befindliche kofinanzierte Schutzbauten zu verwenden.

Das Konto 280 ist in diesem Zusammenhang nicht mehr zu verwenden.

Anteilsbeträge aus der laufenden Wirtschaftsführung für Vorhaben:

Für die Zuweisung von Eigenmitteln zur Ausfinanzierung von Vorhaben gem. § 82 TGO sind ab dem Finanzjahr 2024 die Konten 799 und 899 zu verwenden. Die Konten 7299 und 8299 sind nur noch bis zum Finanzjahr 2023 darzustellen.

Hinweis zu Darlehensverträgen in Bezug auf Tilgungs- und Zinszahlungen

Für Tilgungs- und Zinszahlungen bei Gemeindedarlehen, die zum Jahresende zu bezahlen sind, ist sicherzustellen, dass diese noch im richtigen Finanzjahr durchgeführt werden. Aufgrund der Abgrenzung im Finanzierungshaushalt, der alle Einzahlungen und Auszahlungen vom 01.01. bis 31.12. eines Finanzjahres enthält, ist eine fristgerechte Bezahlung bis 31.12. notwendig. Es wird daher empfohlen, Tilgungs- und Zinszahlungen bei Gemeindedarlehen mittels Abbuchungsauftrag bzw. Einzugsermächtigung von der jeweiligen Bank fristgerecht durchführen zu lassen.

Die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes (ÖStP 2012) sind noch bis Ende des Jahres 2023 außer Kraft gesetzt. Nähere Angaben, in welcher Form der Stabilitätspakt ab dem Jahr 2024 fortgesetzt wird, können aufgrund laufender Verhandlungen aktuell nicht gemacht.

Die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse sind **unterfertigt** in elektronischer Form (PDF-Format) zu übermitteln. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden ersucht, den Voranschlag 2024 unter Erhebung GHD/GVB Voranschlag „Voranschlag 2024“ bzw. den Rechnungsabschluss 2023 unter Erhebung „GHD/GVB 2023“ in der Gemeindeanwendung im Reiter Dokumente hochzuladen. Zusätzlich ist ein Datenfile für den Voranschlag und Rechnungsabschluss in der Gemeindeanwendung zu übermitteln. Die Vorgänge werden zeitgerecht zur Bearbeitung freigeschaltet werden.

46.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Oktober 2023

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	9.428.238	10.402.786	974.548	10,34
Lohnsteuer	25.132.896	27.880.222	2.747.326	10,93
Kapitalertragsteuer	1.232.870	1.797.845	564.975	45,83
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	996.218	519.587	-476.631	-47,84
Körperschaftsteuer	23.829.625	24.624.859	795.234	3,34
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	117	416	299	254,60
Stiftungseingangssteuer	74.503	15.184	-59.319	-79,62
Bodenwertabgabe	159.901	157.619	-2.282	-1,43
Stabilitätsabgabe	163.766	128.450	-35.316	-21,56
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	61.018.132	65.526.967	4.508.835	7,39
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	27.307.489	28.471.451	1.163.962	4,26
Tabaksteuer	1.824.032	1.870.444	46.411	2,54
Biersteuer	179.168	164.632	-14.536	-8,11
Mineralölsteuer	3.338.625	3.323.237	-15.389	-0,46
Alkoholsteuer	155.212	150.918	-4.294	-2,77
Schaumweinsteuer	3.266	694	-2.572	-78,75
Kapitalverkehrssteuern	18	0	-18	-100,00
Werbeabgabe	84.909	73.623	-11.285	-13,29
Energieabgabe	-182.573	-48.977	133.595	73,17
Normverbrauchsabgabe	427.708	516.183	88.475	20,69
Flugabgabe	124.687	150.851	26.164	20,98
Grunderwerbsteuer	14.786.887	8.375.548	-6.411.339	-43,36
Versicherungssteuer	964.113	1.134.785	170.672	17,70
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.379.237	2.304.956	-74.280	-3,12
KFZ-Steuer	124.837	127.091	2.255	1,81
Konzessionsabgabe	299.196	287.097	-12.099	-4,04
Summe sonstige Steuern	51.816.812	46.902.534	-4.914.278	-9,48
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	112.834.944	112.429.501	-405.443	-0,36

47.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Oktober 2023

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	44.321.530	37.017.328	-7.304.202	-16,48
Lohnsteuer	270.353.946	284.166.573	13.812.626	5,11
Kapitalertragsteuer	29.399.101	31.324.696	1.925.595	6,55
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	11.561.738	5.429.511	-6.132.228	-53,04
Körperschaftsteuer	105.755.563	105.815.776	60.213	0,06
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.642	1.494	-2.148	-58,98
Stiftungseingangssteuer	395.059	210.416	-184.643	-46,74
Bodenwertabgabe	855.561	649.155	-206.406	-24,13
Stabilitätsabgabe	992.054	1.127.010	134.956	13,60
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	463.638.195	465.741.958	2.103.764	0,45
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	238.603.451	263.186.244	24.582.793	10,30
Tabaksteuer	17.295.923	17.178.607	-117.316	-0,68
Biersteuer	1.640.061	1.599.485	-40.576	-2,47
Mineralölsteuer	35.352.973	34.349.536	-1.003.438	-2,84
Alkoholsteuer	1.444.674	1.445.963	1.288	0,09
Schaumweinsteuer	16.835	13.495	-3.340	-19,84
Kapitalverkehrssteuern	4.115	37	-4.078	-99,11
Werbeabgabe	888.324	840.411	-47.914	-5,39
Energieabgabe	5.838.008	-735.384	-6.573.392	-112,60
Normverbrauchsabgabe	3.303.884	4.044.623	740.739	22,42
Flugabgabe	795.590	1.231.663	436.073	54,81
Grunderwerbsteuer	148.490.496	109.193.015	-39.297.481	-26,46
Versicherungssteuer	11.469.158	12.128.476	659.318	5,75
Motorbezogene Versicherungssteuer	21.562.254	21.352.406	-209.848	-0,97
KFZ-Steuer	567.799	562.588	-5.211	-0,92
Konzessionsabgabe	2.573.494	2.655.820	82.327	3,20
Summe sonstige Steuern	489.847.040	469.046.984	-20.800.056	-4,25
Kunstförderungsbeitrag	134.713	132.445	-2.268	-1,68
Gesamtsumme	953.619.947	934.921.387	-18.698.560	-1,96
Zwischenabrechnung	29.486.125	-4.592.364	-34.078.489	-115,57
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	983.106.072	930.329.023	-52.777.049	-5,37

VERBRAUCHERPREISINDEX		
für August 2023		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Juli 2023	August 2023
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	120,5	120,9
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	130,4	130,8
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	144,4	144,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	158,1	158,6
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	174,7	175,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	183,9	184,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	240,4	241,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	373,7	374,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	655,9	658,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	835,7	838,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	838,4	841,2
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat August 2023 beträgt 120,9 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,4 Punkte (+ 7,4 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Statistik Austria https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck